

Veranstaltungsbericht

Fachtagung am Donnerstag, 08.11.2012 von 09:00–18:00 Uhr
Springer Schlößl, Tivoligasse 73, 1120 Wien

Die globalen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft haben zu massiven Ungleichheiten bezüglich der Produktion und Verfügbarkeit von Lebensmitteln geführt. Neben Umwelteinflüssen sind es vor allem wirtschaftliche Aktivitäten wie Landraub und Rohstoffspekulationen, die zu Nahrungsmittelengpässen und Hunger beitragen. Wir stehen heute vor der Herausforderung, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, aber auch unsere Produktionsweisen und unser Konsumverhalten gründlich überdenken zu müssen. Ausgehend von diesen Überlegungen wurden vom Wiener **Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE)** unter dem Motto „**2 Tage im Zeichen der Ernährungssouveränität und der Ernährungssicherung in Zeiten des globalen Wandels**“ in den Räumlichkeiten des Springer Schlößls (Tivoligasse 73, 1120 Wien) zwei Veranstaltungen abgehalten. Am 7. November setzte sich ein Dialogforum über „Lokale und globale Aspekte der Ernährungssicherung“ mit dieser Thematik auseinander (siehe auch den Veranstaltungsbericht auf www.iufe.at). Am nächsten Tag, den 8. November, vertiefte eine international besetzte **Fachtagung**, welche unter dem Titel „**Ernährungssouveränität und Ernährungssicherung in Zeiten des globalen Wandels**“ stand, einige der schon im Rahmen des Dialogforums thematisierten Aspekte. In vier Themenblöcken setzten sich hierbei Referent/innen mit den Bereichen „Konsumverhalten und effizientere Nutzung von Lebensmitteln“, „Möglichkeiten der Pflanzenzucht und des ökologischen Landbaus“, Zivilgesellschaftliches Engagement und Ernährungssouveränität sowie mit „Entwicklungszusammenarbeit und Ernährungssicherung“ auseinander. Anschließend wurden die Inhalte der Vorträge von Teilnehmer/innen diskutiert.

Programmüberblick:

Eröffnung und Einleitung

Johannes STEINER | Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung | IUFE
Judith ZIMMERMANN-HÖBL | Moderation | KOO

Konsumverhalten und effizientere Nutzung von Lebensmitteln

Globaler Konsum am Teller | Martina KALLER-DIETRICH | UNI Wien
Lebensmittel im Abfall – eine große Herausforderung... | Christiane HANNAUER | NÖ-Landesregierung, Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft
Allgemeine Diskussion

Möglichkeiten der Pflanzenzucht und des ökologischen Landbaus

Pflanzenzucht und Ernährungssicherung | Hermann BÜRSTMAYR | BOKU Wien
Ökologischer Landbau & Ernährungssicherung | Johannes KOTSCHI | AGRECOL Marburg
Allgemeine Diskussion

Zivilgesellschaftliches Engagement und Ernährungssouveränität

Nahrung, Politik und Menschenrecht | Gertrude KLAFFENBÖCK | FIAN | (entfallen)
Ernährungssouveränität in sozialen Bewegungen | Ludwig RUMETSHOFER | AgrarAttac
Allgemeine Diskussion

Entwicklungszusammenarbeit und Ernährungssicherung

Von der Akuthilfe zur Ernährungssicherung | Stefan MIELKE | CARE
Allgemeine Diskussion | Zusammenfassung der Tagungsergebnisse

Moderation: Judith ZIMMERMANN-HÖBL | Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)

Die Veranstaltung wurde durchgeführt in Kooperation mit:



Themenblock 1: Konsumverhalten und effizientere Nutzung von Lebensmitteln
Martina KALLER-DIETRICH: Globaler Konsum am Teller

Martina Kaller-Dietrich von der Universität Wien stellte eingangs fest, dass Lebensmittel schon immer transportiert wurden, allerdings die Verflechtungen in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen haben, sodass man sogar von einer globalen „Kulturküche“ sprechen könne. Als Beispiel nannte sie die Banane, die „quasi überall zu finden sei und beim Abwiegen in den Supermärkten die Taste Nr. 1 belegen würden. Solche Dinge sind nicht normal, sondern gemacht.“ Die meisten dieser „Weltpflanzen“ hätten ihren Ursprung in Asien oder in den Ländern Amerikas. Zum momentanen System stünde das Konzept der Ernährungssouveränität, welches davon ausgehe, dass die Produktion der Konsumgüter (Lebensmittel) regional erfolgen solle, um so auch in die Lebensgestaltung der Region Einfluss zu nehmen. Die Vielfalt an regionalen Betrieben und Produkten im Bereich der Lebensmittelerzeugung, welche auch gegen das „Bauernsterben“ wirken könne, entspräche aber nicht der Situation, in der wir leben. Die maximale Reichweite von lokaler Ernährungssouveränität hätte laut einer Studie gerade einmal 8% Abdeckung, somit scheine das Ernährungssouveränitätskonzept „hochgradig unrealistisch“. Daraufhin kam Kaller-



Dietrich auf die Organisation von Supermärkten und der darin feilgebotenen Lebensmittel zu sprechen. Laut Ivan Illich, einem radikalen Kritiker der Institutionen der Industriegesellschaft, unterscheide sich ein Supermarkt nur dem Namen nach von einer Irrenanstalt. Alle im Supermarkt handelnden Personen, wie Verkäufer/innen, Kassierer/innen, Putzpersonal, Regaleinräumer/innen, aber auch die Kundinnen und Kunden hätten nicht den geringsten Einfluss darauf, was im Supermarkt passiere. „Man wird niemanden finden, der dafür zuständig ist, niemand vor Ort, der erklären kann bzw. vor Ort dafür gerade steht, wie etwas angeordnet ist, warum es nicht nach Lebensmitteln riecht, wie eigentlich der Preis zustande kommt, warum etwas wo angeordnet ist“. Dies alles hätte System und hänge mit der Logistik des Transportes zusammen. Alles schauere frisch aus (Bsp. Banane), aber sogar die neueste Milch

wäre beispielsweise schon 9 Tage alt. Als Supermarkt-Kriterium wäre die „biotechnologische Haltbarkeit“ eingeführt worden, wobei bei der Haltbarmachung stark auf Zucker gesetzt wurde, was momentan in dem Maße gar nicht mehr notwendig wäre. Es herrsche eine Uniformität, die den Konsumierenden vorgaukle „König zu sein“ und Individualität durch den Konsum ausüben zu können. Im Endeffekt bewege man sich aber im Supermarkt in einer „tatsächlich einem Irrenhaus ähnelnden Umgebung, in der man entmündigt sei“. Es stelle sich aber die Frage, ob man als Konsument/in aussteigen könne. Das heutige Konsumverhalten wäre durch die Industrielle Gesellschaft entstanden, als Bauern und Bäuerinnen zu Arbeitern und Arbeiterinnen wurden und die Versorgung über andere Kanäle laufen mussten. Laut Illich wären noch Ende des 18. Jahrhunderts 99% aller Nahrungsmittel in einem Umkreis erzeugt worden, der vom Verbraucher/von der Verbraucherin von seinem Kirchturm zu überblicken gewesen wäre. Ein heutiger Supermarkt funktioniere aber wie der Nachschub eines Heeres und tatsächlich stünden die Ernährungswissenschaften und die Lebensmittelproduktion nicht nur historisch gesehen in enger Verbindung mit militärischer Verpflegung. So seien Lebensmittel alt und bis zur Unkenntlichkeit konserviert bzw. verarbeitet. Die „Life-Industrie“ wäre so zentral wie möglich organisiert, daher wäre das Konzept der „Ernährungssouveränität“ dafür nicht praktikabel – allein schon aufgrund der

Zertifizierungsinstanzen, die eng verzahnt mit den Interessen einer potenten Industrie stehen würden. Durch die Konservierung und Verarbeitung wäre die Ernährung auch zunehmend ungesund (Zucker, Salz, Fett bzw. Extraktion von vegetabilen Ölen).

Christiane HANNAUER: Lebensmittel im Abfall – eine große Herausforderung...

Seitens der Niederösterreichischen Landesregierung wurde im Jahre 2008 ein Pilotprojekt initiiert, wo man gemeinsam mit niederösterreichischen Abfallverbänden, Abfallberatern und Schulen sowie der Universität für Bodenkultur (BOKU, Institut für Abfallwirtschaft) mittels „Müllstudien“ und Öffentlichkeitsarbeit die Ursachen für Lebensmittel im Abfall erforschte und auf die Verschwendung von Lebensmitteln im Abfall aufmerksam machte.¹



Anfangs zeigte Christiane Hannauer Bilder von weggeworfenen, allerdings noch genießbaren, Lebensmitteln, die während der „Müllrecherche“ aufgefunden wurden.

Zum Teil führte sie dies darauf zurück, dass das Mindesthaltbarkeitsdatum von Konsumentinnen und Konsumenten falsch gedeutet würde. Zugleich wies sie auch darauf hin, dass eine Vielzahl von Produkten problemlos viel länger halten würden (Bsp. Joghurt) und man sich beim Verzehr von Produkten wieder vermehrt auf seine eigenen Sinne verlassen sollte, anstatt ständig nach dem Mindesthaltbarkeitsdatum zu schauen. Zudem sollte man sich mit der

richtigen Lagerung und Verwertung verstärkt auseinandersetzen. Dabei handle es sich laut Hannauer um „eine Frage der Gewohnheit, die sich einfach und ohne großen Mehraufwand lernen ließe“. Täglich würden nämlich Tonnen von Brot, Gemüse, Fleisch- und Wurstwaren etc. aus Haushalten im Abfall landen. Ganze 10% des Hausmülls wären Lebensmittel. In Wohnhausanlagen entfielen darauf sogar durchschnittlich 25% des Restmüllgewichts und davon wieder fast die Hälfte auf originalverpackte Lebensmittel oder solche in angebrochenen Verpackungen. Dies entspräche einem Wert von € 25 pro Haushalt in Niederösterreich, von einfach weggeworfen, noch verzehrbaren Lebensmitteln.

Im Zuge des Projektes wurden in der Vorbereitungsphase (2008) auch Fragebögen ausgeteilt, welche zugleich zur Bewusstseinsbildung dienen sollten. Unter anderem ergab diese Umfrage, dass 54% der Haushalte angaben, dass man weniger wegwerfen würde als alle anderen. Lediglich 0,3% der Befragten gaben an, dass man etwas mehr oder viel mehr wegwerfe als alle anderen. Im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit schaltete man Trailer, gab Einkaufstipps, annoncierte in Zeitungen und vergab kleine Aufmerksamkeiten, welche im sinnvollen Zusammenhang mit dem Projekt standen (Kühlschrankmagnet mit Einkaufsliste, Lebensmittelsackerln aus Mais-/Erdäpfelstärke etc.). Unter anderem wurden auch in den Müllräumen von Wohnhausanlagen Tafeln aufgehängt, welche angaben, wie hoch der tatsächliche Wert des Lebensmittelabfalles im Restmüll des jeweiligen Hauses war. Bei den im Jahre 2009 durchgeführten Stichproben stellte man fest, dass es eine Abnahme um 21% von vermeidbarem Lebensmittelabfall im Restmüll gab. Auch der Anteil an Biomüll stieg signifikant. Eine zweite Umfrage im Jahr 2009, welche den Mehrwert der Aktionen gegen Lebensmittel im Müll feststellen sollte, ergab, dass nun eine höhere Eigenverantwortung bei den befragten Personen gesehen wurde (zuvor wurde diese bei Handel und Industrie

¹ Vgl. dazu die ausführliche Karmasin Studie: „Die Wegwerfgesellschaft: Die Ursachen für die Vernichtung von Lebensmitteln. Eine quantitative und qualitative Untersuchung für das Amt der NÖ Landesregierung“ Abzurufen unter: http://www.noel.gv.at/bilder/d65/Die_Wegwerfgesellschaft1.pdf?26379

gesehen) – so gab fast ein 1/3 der Befragten an, dass man sorgsamer als noch im Jahr zuvor mit Lebensmitteln umgehe.

Von 2010 bis 2012 wurde das Projekt auf ganz Niederösterreich ausgedehnt. Großen Anklang hätte auch die seit 2011 durchgeführte „Restchallenge“ gefunden. Dabei werden im Rahmen eines Wettbewerbes unterschiedliche Speisen auf Grundlage von „Restrezepten“ zubereitet. So gelingt es den Teilnehmer/innen ihre Kochkünste und Kreativität zu zeigen. Vor allem bei jüngeren Personen (zwischen 16 und 29 Jahren) zeigte sich, dass Fehleinkäufe, „Vergessen“, gesundheitliche Bedenken, aber auch Zeitmangel, mobiler Lebensstil („auswärts Essen“), sowie der Wunsch nach Abwechslung zu einer erhöhten Lebensmittelverschwendung führen. Nicht vorhandenes Wissen über Einkauf und Kochen trage ebenfalls zu einem nicht unwesentlichen Teil zu den aktuellen Missständen bei. „Dies gehe quer durch alle Bildungsschichten“, so Hannauer. Das Projekt sei aber aus Ihrer Sicht ein Erfolg gewesen, da man mit geringen Mitteln in sehr kurzer Zeit sehr viel erreicht hätte. Man müsse das Begonnene weiterführen und ausbauen um den Umgang mit Lebensmitteln nachhaltig zu verändern. Denn erst wenn falsche Gewohnheiten erkannt und eingestanden werden, würde man sich alternativen Handlungen widmen und umsetzen. Dies fordere allerdings Bewusstseinsbildung über einen langen Zeitraum.

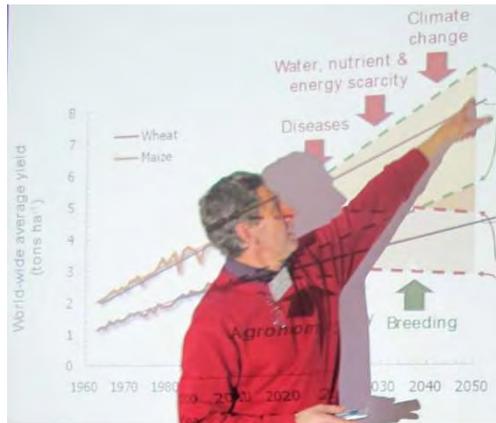
Diskussion

In der der anschließenden sehr regen Diskussion wurden viele Fragen aufgeworfen und Alternativen diskutiert (Stichworte: „Speisekammer vs. Garage“, „Wurmbox“, „zurück zum Hausschwein“). Es wurde auch danach gefragt, wer bestimme, wie groß die Portionen seien und wie man darauf Einfluss nehmen könne. Kaller-Dietrich stellte fest, dass der Sinn der Supermarktexistenz die Gewinnmaximierung sei, man in diesem Sinne daher kaum flexibel sei. Am Ende der Diskussion erklärte Hannauer, dass man gemeinsam mit dem Handel auf die Problematik reagieren und neue Strategien entwickeln müsse. Demnach sei die Möglichkeit zur Vorbestellung für Backwaren im Supermarkt oder ein verständlichere Ausweisung und Neustrukturierung von Haltbarkeitsdaten vorstellbar. Am Podium und auch im Publikum war man sich darüber einig, dass dieses Thema eine stärkere politische Wertigkeit bekommen müsse. So wäre beispielsweise die Entwertung des Fleisches ein Paradebeispiel für Konsumwahn, dem es auch mittels politischer Steuerung entgegenzuwirken gelte. Der Appellativ „Wir sollen nicht so viel wegschmeißen“, greife daher letztlich zu kurz. Kritisch wurden auch Überregelung und Einschränkungen (Bsp.: „Verordnung über Heilpflanzen“) gesehen, welche zu einer Verminderung von Vielfalt und Wissen führen könne. Auch das Wissen um die Herkunft und den Wert der Lebensmittel würden immer abstrakter werden.



Themenblock 2: Möglichkeiten der Pflanzenzucht und des ökologischen Landbaus**Hermann BÜRSTMAYR: Pflanzenzucht und Ernährungssicherung**

Prof. Hermann Bürstmayr (Leiter der Abteilung Pflanzenzüchtung und des Instituts für Biotechnologie in der Pflanzenproduktion) stellte eingangs fest, dass eine hungrige Welt, eine Welt voller Konflikte sei. Deswegen hätte auch Norman Borlaug, einer der „Väter“ der „Grünen Revolution“ nicht umsonst den Friedensnobelpreis erhalten. Weltweit müsste aber heute noch einer von acht Menschen hungrig schlafen gehen. In Entwicklungsländern sei eines von vier Kindern untergewichtig, wohingegen in Europa eines von vier Kindern übergewichtig wäre. Die Verteilung von Hungergebieten auf der Landkarte zeige klar, dass wir es mit einer riesigen Herausforderung zu tun hätten, wobei Pflanzenzüchtung in der Bekämpfung des Hungers eine



Rolle spiele. Hunger habe viele Ursachen. „Um den weltweiten Hunger zu bekämpfen, ist nachhaltiges Wirtschaftswachstum, speziell in der Landwirtschaft, maßgebend.“ Dabei spielten „soziale Sicherheitsnetze“, welche in den Entwicklungsländern die ärmste Bevölkerung ausreichend schützt, eine große Rolle, wie es auch der UN-Hungerbericht 2012 festhalte. Seit 2000 hätte sich aber der Preis für Getreide verdreifacht – Börsenspekulationen mit Lebensmitteln wären attraktiv geworden. In Österreich, einem „Brotland“, würden laut Statistik Austria momentan pro Person im Jahr ca. 50–55kg Weizen (Produktion: 1,12–1,45 Mio. Tonnen/Jahr) und 10–11kg Roggen (Produktion: 0,13–

0,21 Mio. Tonnen/Jahr) verbraucht. Weltweit wäre Weizen die bedeutendste Nahrungspflanze, in Entwicklungsländern die zweitwichtigste Nahrungspflanze. Sie stelle die überwiegende Nahrung für 2,5 Mrd. arme Menschen in 89 Ländern, welche unter 2 US Dollar auskommen müssten, dar. Weizen sei zudem die wichtigste Eiweißquelle (20%) in den Entwicklungsländern und für 20% der Nahrungsenergie verantwortlich. Es werde aber immer schwieriger die Nachfrage nach Getreide zu steigern, da einerseits die Fläche für den Anbau pro Kopf immer geringer werde (Verlust von Anbauflächen, zunehmende Weltbevölkerung...), zudem Pflanzenkrankheiten, Klimawandel, Wasser- und Energiemangel sich negativ auf die Produktion auswirkten, was derzeit nur teilweise durch Forschung und Entwicklung ausgeglichen werden könne. Zeitgleich würden seit den 1980ern hingegen sogar Investitionen in landwirtschaftliche Forschung und Entwicklung stagnieren, wie auch die erzielten Ertragsfortschritte immer geringer ausfallen würden. „In ca. 35 Jahren wird eine Weltbevölkerung von 9 Milliarden Menschen erwartet. Um ausreichend Getreide zur Verfügung zu haben müsste der Durchschnittsertrag der Welt auf 5 t/ha steigen. Im Jahr 2008 lag er bei 3 t/ha. Dies hieße, dass ein erforderlicher Ertragsfortschritt von 1,7% pro Jahr nötig wäre.“ Genau hier käme die Pflanzenzüchtung ins Spiel: Die Pflanzenzüchtung sei nämlich eine „Wissenschaft, Kunst und wirtschaftliche Unternehmung, die genetische Konstitution der Pflanzen so zu verändern, dass diese an die Anforderungen des Menschen besser angepasst sind.“ Pflanzenzüchtung sei eine alte Tätigkeit (ca. 8.000 v. Chr. Domestikation von Nutzpflanzen), aber eine junge Wissenschaft, daher könne man von einer wissenschaftlichen Pflanzenzüchtung erst seit 120–150 Jahren sprechen (Gregor Mendel 1822–1884). Damals wurden innerhalb der Art die ersten Kreuzungen unternommen. Ab 1930 wäre die Möglichkeit angewandt worden zwischen Arten zu Kreuzen. Seit 1960 induzierte man Mutationen mittels EMS,- Röntgen- und Gammastrahlen. 1983 schließlich hielt die Gentechnik Einzug. Pflanzenzüchtung stelle im Idealfall einen technischen Fortschritt im Einklang mit der Natur und den Bedürfnissen der Menschen dar. „Ohne Züchtung kommt es zum Stillstand des genetischen Fortschrittes“, so Bürstmayr. Man müsse vor allem ein Augenmerk auf regional angepasste Sorten legen, welche die regionale Züchtung und den Zuchtfortschritt förderten und zu genetischer Diversität beitragen sollte. So dürfe auch die Weiterentwicklung der Forschung im öffentlichen Bereich nicht vernachlässigt werden, wobei insbesondere in den Entwicklungsländern partizipatorische Züchtung mit Hilfe von Subsistenzbauern und -bäuerinnen in Frage käme.

Im Zuge der sogenannten „Grünen Revolution“ (Norman Borlaug, Henry M Beachell) hätte es eine Reihe von Entwicklungen gegeben, welche die landwirtschaftliche Produktion, va. in den späten 1960er Jahren weltweit ankurbelte. Jedoch habe diese gewaltige Ertragssteigerung auch negative Auswirkungen im Bereich der Ernährungssicherheit, führte zu Verlust von Biodiversität und zu Gesundheitsschäden, welche vorwiegend durch Agrochemikalien verursacht werden. Durch Maßnahmen im Pflanzenbau, Pflanzenschutz und Züchtung konnte der Ertragsanstieg zwar lange Zeit aufrecht erhalten werden. Die Höhe der Ertragsänderung jedoch werde immer geringer. Immerhin konnten beispielsweise zwischen 1965 und 2010 beim Winterweizen in der BRD ungefähr 30% des Ertragsfortschrittes durch verbesserte Sorten erreicht werden. Sorgen bereite Bürstmayr aber Monopolisierungstendenzen im Saatgutbereich. So hätten die drei führenden Unternehmen (Monsanto, DuPont und Syngenta) ca. 47% Anteil am weltweiten Markt (Top 10 Saatgutfirmen: 67%). Auch in Österreich gäbe es einen Verlust an Saatgutzüchtern. Wären beispielsweise 1973 noch 8 Weizenzüchter genannt (Bundesversuchsanstalt Wieselburg, Kärntner Saatbau, Landesanstalt f. Pflanzenzucht und Samenprüfung in Rinn et al.), so gäbe es 2012 nur noch 2 regionale Weizenzüchter (Saatzucht Donau, Saatzucht LFS Edelfhof) und ein bis zwei „Biozüchter“. Saatgutzucht müsste aber regional und öffentlich gefördert werden, vor allem auch in der Entwicklungszusammenarbeit, wo man mittels Bildungsprogrammen tätig werden müsste (partizipatorische Forschung) .Hier gelte es auch verstärkt Frauen zu fördern, welche oftmals den größten Beitrag für die Funktionstüchtigkeit in den jeweiligen Landwirtschaften leisten. Dieser Ansatz führe auch zu einer Erweiterung der Diversität, da man von lokal angepassten Wildformen profitieren könne, was wiederum die Resistenz der Pflanzen erhöhe (Bsp. Ährenfusariose). Moderne Techniken in der Zuchtmethodik würden bei relativ moderaten Kosten mittels genomischer Selektion und SMART Breeding durch detaillierte Beschreibung des Genoms eine Analyse der Erbsubstanz ermöglichen, welche um einiges schnellere Aussagen zulassen würden als zB. Feldversuche. Der Anteil an gentechnisch veränderten Organismen betrüge mittlerweile 11% der gesamten globalen Ackerfläche. 2011 stünden allen voran die USA mit 69%, gefolgt von Brasilien 30% (2007 noch 15%) und Argentinien mit 24% Fläche. Indien und Kanada kämen auf ca. 11% bzw. 10%. Durch den Einsatz von Gentechnik könne man die Insekten- und die Herbizidresistenz erhöhen bzw. beides kombinieren. Aufgrund dessen würde diese Technik vermehrt angewandt. Gemessen an der gesamten Anbaufläche wäre Baumwolle zu 74% gentechnisch verändert (Indien, China, USA), Soja zu 73% (USA, Argentinien, Brasilien) und Mais zu 31% (USA, Brasilien, Argentinien, Südafrika, Kanada). 10% des weltweiten Anbaus von Zuckerrüben (insgesamt 5 Mio. Hektar weltweit) wären gentechnisch ebenso wie auch in geringeren Anteilen Papayas, Kürbis, Kartoffeln und Reis verändert.

Zusammenfassend stellte Bürstmayr fest, dass für die Bekämpfung des weltweiten Hungers nachhaltiges Wirtschaftswachstum, speziell in der Landwirtschaft maßgebend sein würde. Durch genetische Veränderung unserer Kulturpflanzen könne die Züchtung dazu ihren Beitrag leisten. Dies müsse bei regional angepassten Sorten über Zuchtfortschritt und Erhaltung der genetischen Diversität, durch dementsprechend geförderte regionale Züchtung und durch Partizipatorische Züchtung (Bildung, Beratung, Frauen) erfolgen. Eine Weiterentwicklung der Forschung müsse auch im öffentlichen Bereich erfolgen (Pre-breeding und methodische Verbesserungen in der Genomik). Bei einer möglichen Rolle der Gentechnik müsse man besonders auf die Sicherheit für Umwelt und Konsument/in bedacht sein, sowie auf die Sicherstellung von genetischen Ressourcen für die gesamte Gesellschaft.

Johannes KOTSCHI: Ökologischer Landbau & Ernährungssicherung

Johannes Kotschi von Agrecol Marburg erläuterte zu Beginn die Ausgangssituation. Für das Jahr 2050 werde erwartet, dass 9 Milliarden Menschen auf der Erde leben und dass für deren Ernährung um 70% mehr Nahrungsmittel als heute gebraucht würden. Dies wäre aber eine Hochrechnung, basierend auf den gegenwärtigen Trends und deren Fehlentwicklungen. Demnach würden bis zu 50% der Nahrungsmittel in Europa vernichtet werden, bestehen 30% Nachernteverluste in vielen Entwicklungsländern, sowie aufgrund der Zunahme des Fleischkonsums eine weltweit wachsende Konkurrenz zwischen „Trog und Teller“ entstehen.

Für ihn seien die 70% aber nur eine Annahme, da man es heute nicht genau wisse und man durchaus auch gegensteuern könne. Momentan wären die Getreidelager leer, zusätzlich zum Verteilungsproblem, sodass sich die Notwendigkeit zur Produktionssteigerung ergebe, was nur durch eine „nachhaltige Intensivierung“ der Landwirtschaft erfolgen könne, wofür der ökologische Landbau eine hervorragende Alternative bilde. Kotschi hielt fest, dass von 1950 bis 2000 eine Verdreifachung der Getreideproduktion auf der Welt möglich gewesen wäre, aber im Gegenzug sich der Stickstoffeinsatz in dieser Zeit auch verachtfacht hätte. „Zunächst hätte es sehr starken Ertragszuwachs gegeben, der aber immer weiter abgeflacht sei. Im Jahr 2000 wäre der jährliche Ertragszuwachs nur mehr bei ca. 1% gelegen und heute würden wir uns im Bereich zwischen 0,5%-1,0% bewegen. Nun wäre ein Innovationssprung notwendig, damit wir einen Ertragszuwachs bekommen.“ Die gute Nachricht aber sei, dass diese „Wachstums-Kurven“ nur die hochproduktiven landwirtschaftlichen Flächen der Welt betreffen, somit nur



einen geringen Teil der benützbaren Flächen abbilden würden. Wir hätten aber eine duale Landwirtschaft – auf der einen Seite eine hochtechnisierte, „wo es wenig Luft nach oben gibt“, und andererseits eine kleinstrukturierte Landwirtschaft, die laut Schätzungen über 40% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmacht und von 2,5 Milliarden Kleinbauern und -bäuerinnen (unter 2ha) bewirtschaftet werde. Diese Menschen hätten auch keine andere Alternative, als dort zu leben und Einkommen zu generieren. Eben in diesen Bereich würden auch 80% aller Hungernden leben. Daher sei hier der Bedarf und auch das Potential sich der Ertragssteigerung zu widmen, da sich diese Flächen in den gleichen Regionen befänden, die auch von Hunger heimgesucht würden. Die Erträge würden im Spektrum bei ca. einer Tonne Weizen oder weniger liegen. Im Vergleich von 8–10 Tonnen pro Hektar auf den

Anbauflächen Europas. Wenn es also gelänge, den Ertrag auf zwei, drei oder vier Tonnen pro Hektar und Jahr zu steigern, dann könnte man mit Leichtigkeit 9 Milliarden Menschen ernähren. Die Frage sei daher, wie man die Regionen, die in mittleren oder marginalen Standorten wirtschaften in Wert setzt. „Genau hier kommt der Ökolandbau ins Spiel.“ Da Ernährungssicherung derzeit (noch) im Süden stattfindet, konzentrierte er sich bei seinen Ausführungen auf die ökologische und nicht auf die biologische Landwirtschaft in Europa. Die Leistungen des Ökolandbaues seien aber nicht von der Hand zu weisen, auch wenn immer wieder gesagt werde, dass man mehr Fläche benötige. Betriebe in den Tropen würden aber vielfach höhere Erträge anzeigen, als konventionelle Betriebe bei uns. Dies liege am Ertragsniveau. Viele Betriebe in den tropischen Regionen wären nämlich „runtergewirtschaftet“, mit geringer Bodenfruchtbarkeit. Wenn also hier ökologischer Landbau betrieben werden würde, unter anderem mit Humusaufbau und Investition in die Bodenfruchtbarkeit, dann könne man enorme Ertragssteigerungen erzielen. Als Beispiel führte er die Einführung eines Kulturstreifens mit Bäumen und Hecke zur Stabilisierung eines Ackers an einem Hang in Ruanda an, welche die Flächenproduktivität um 150% gesteigert hätte. Es wäre auch zu erhöhter Arbeitsproduktivität und zu einer Einkommenssteigerung für die Haushalte gekommen. Weiters habe man zusätzlich Holz gewinnen (Heizenergie), den Tieren zusätzliches Futter bieten, sowie durch zusätzlichen Dung und Mulche den Humusaufbau am Acker fördern können. Auch die Wirtschaftlichkeit würde für den Ökolandbau sprechen – so konnte z.B. auf den Philippinen beim Reisanbau trotz gleichbleibender Erträge mehr erwirtschaftet werden. Dies hänge auch damit zusammen, dass die Betriebskosten bei den ökologischen Betrieben wesentlich geringer seien – Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger im Gegenzug sehr teuer geworden seien. Innerhalb von 40 Jahren wäre am Beispiel Reis der Preis für den Dünger um 300% im Vergleich zu den Nahrungsmitteln, die er erzeugen würde, gestiegen. Dies führe auch dazu, dass der Einsatz von Mineraldünger Mehrkosten verursache, die durch den gesteigerten Ertrag quasi „aufgefressen“ werden würden und somit vollkommen unrentabel sei. Man könne sich, abgesehen von der Umweltverschmutzung, dies oftmals nicht mehr leisten. Tropenböden

würden zur Versauerung neigen, Stickstoffdünger fördere dies enorm und mindere die Phosphatverfügbarkeit. Mit synthetischem Stickstoff würde man also weltweit die Böden herunterwirtschaften. Der Anteil des Stickstoffes in der Mineraldüngung hat über Jahrzehnte kontinuierlich zugenommen. Wären es im Jahre 1961 noch 50% gewesen, liege man heute global schon bei 73% allen Mineraldüngers der auf Stickstoff (va. Harnstoff) basiere. Zudem würde er auch Humusabbau in Böden fördern. Der Ökolandbau könne auch zur Minderung von Klimaschäden beitragen. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Emissionen gehe laut Kotschi auf synthetischen Stickstoff zurück, da Lachgas gebildet werde (1kg Lachgas entspräche 310kg CO₂). Laut einer Studie einer Forschungsgruppe der Universität Wisconsin wäre es möglich den synthetischen Stickstoff weltweit durchaus durch eine biologische Stickstofffixierung zu ersetzen. „Das wird nicht von heute auf morgen gehen, aber wir müssen den Einstieg in den Umstieg machen“. Dies wäre aber auch eine wirtschaftliche Frage der Industrie und von derartigen Förderprogrammen, die auch in Entwicklungsländern gegenwärtig wieder „hochgefahren“ werden, so Kotschi. Es sei ein Irrglaube, dass im Ökolandbau kein Mineraldünger erlaubt wäre. Auch Pflanzenschutzmittel werde verwendet, aber dies sei ganz klar geregelt.

Der Ökolandbau leiste auch viel zur Erhaltung einer Vielfalt von Pflanzen. Früher wurden 8.000 Pflanzensorten landwirtschaftlich genützt, heute würden 60% unserer Nahrungskalorien von drei Kulturpflanzen geliefert, nämlich Reis, Mais und Weizen. Ernährungssicherung heiße in diesem Zusammenhang auch die Nutzung marginaler oder auch suboptimaler Räume mittels einer Sortenvielfalt. Auch hier leiste der Ökolandbau einen großen Beitrag. Es gäbe viele Pflanzen die unter unwirtlichen Bedingungen gedeihen könnten und der Menschheit Antworten auf die Frage der Anpassung an den Klimawandel geben könnten. Pflanzenzucht hätte auch im Ökolandbau hohe Priorität, denn die bäuerliche Züchtung und der Austausch untereinander, wie auch die Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten hätten großes Potential –. So könne man auch durch Kreuzungen Populationen züchten, die den herkömmlichen Sorten gegenüber überlegen wären, da diese standortangepasst und resistenter, also ertragssicherer seien. Dies sei auch eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Gentechnik (mit Ausnahme der „Marker-Methode“) wäre aber ein Hindernis für die Ernährungssicherung, denn man hätte bis jetzt damit weder das Ertragspotential noch die Trockenheitstoleranz erzielen können (mit Ausnahme von Insektizid- und Herbizidtoleranz). Kotschi habe größte Bedenken, wenn das Saatgut bei Monopolisten läge, aber angeblich werde noch 90% konventionell und als Gemeingut getauscht. Kotschi plädiere daher für ein „Open-source Modell für Saatgut. Damit gebe es auch immer mehr Initiativen (Bsp. Masipag mit 50.000 Bauernfamilien auf den Philippinen), welche ihre eigenen Populationen züchteten. Bäuerliche Züchtung ist meines Erachtens die Zukunft“. Möglicherweise bestünde eine Alternative im Ansatz, dass die Saatgutproduktion eine wirtschaftliche Aufgabe darstelle, hingegen die Saatzüchtung ein Gemeingut bleibe. Die Herausforderungen für die Zukunft wären die regionalen Ansätze zu fördern anstatt nach globaler Ernährungssicherung zu fragen, landwirtschaftliche Entwicklung und Beratung mit politischer Arbeit verbinden – „ich denke wir haben die Antworten“. Dies wäre aber auch eine Machtfrage, in wie weit sie gelingt. Forschung und Entwicklung sollten erheblich aufgestockt werden und die 7%, die der Ökolandbau in Österreich ausmacht, der Forschung bereit gestellt werden. Man müsse den Ökolandbau als zukunftsweisende Landwirtschaftsform sehen, die es trotz der marginalen Mitteln geschafft hätte, sich in der Gesellschaft und im Bewusstsein vieler Menschen zu verankern. Abschließend meinte Kotschi: „Die wirtschaftlichen Probleme werden uns dazu zwingen diesen Weg der Ökologisierung weiter zu beschreiten, wobei dies nicht zertifizierter Ökolandbau heißen muss.“

Diskussion:

In der Diskussion setzte sich unter anderem Kotschi dafür ein, dass Phosphor- und Kalidünger für den zertifizierten Ökologischen Landbau zugelassen werden soll. Man dürfe diese Diskussion keineswegs verschämt führen. Besonders für Staaten in den Tropen, die extrem phosphatarm wären, brauche man Mineraldünger – da müsse man zu mehr Klarheit kommen. Die Produktion von synthetischem Stickstoff sei sehr energieintensiv. Daher werde schon allein aufgrund der Ressourcenknappheit und Verteuerung der Umstieg erzwungen. In Folge der

enormen Zerstörung der Böden und der hohen Stickstoffbelastung stelle sich die Frage: „Muss man so lange warten, oder kann man nicht schon vorher etwas tun?“ Abschließend wurde über die Patentierung von Pflanzenzüchtungen, sowie die Ausnützung von indigenen Heilmittelwissen durch Pharmafirmen und Patentierung von Produkten diskutiert.

Themenblock 3: Zivilgesellschaftliches Engagement und Ernährungssouveränität

Gertrude KLAFFENBÖCK: Nahrung, Politik, Menschenrechte (entfallen)

Ludwig RUMETSHOFER: Ernährungssouveränität in sozialen Bewegungen

Ludwig Rumetshofer (AgrarAttac & Via Campesia) stellte gleich zu Beginn seines Vortrages klar, dass es keine vernünftige Option sei, so weiterzumachen wie bisher. Rumetshofer sehe das aktuelle Lebensmittel- bzw. Agrarsystem in einer Krise. Dabei nannte er vier Dimensionen der Krise:

- Ökologische Krise: z.B. Bodenverlust, Verlust an Biodiversität, Wasserverschmutzung
- Soziale Krise: z.B. Ausbeutung von Mensch und Tier, Strukturwandel im ländlichen Raum
- Ökonomische Krise: z.B. Bankenkrise, Spekulationen
- Politische Krise: Demokratiedefizit, Legitimität und Transparenz fehle



Als sinnvolle Alternativ zum jetzigen System sehe Rumetshofer das Konzept der Ernährungssouveränität. „Wobei es nicht als Patentrezept, sondern als politisches Konzept zu sehen ist.“ In diesem Zusammenhang sei der Unterschied zwischen Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit festzuhalten. Bei Ernährungssicherheit handle es sich lediglich um die Verfügbarkeit von Essen. Bei Ernährungssouveränität werde aber auch miteinbezogen, wer wo und wie Lebensmittel produziere und wie deren Verteilung aussehe. Laut Rumetshofer handle es sich bei dem Konzept der Ernährungssouveränität um ein globales Konzept, also um eine Strategie für den globalen Norden und Süden. Es sei also nicht nur für Entwicklungsländer gedacht und praktikierbar. Rumetshofer forderte daher auch bei uns, in Europa, einen fundamentalen Wandel des aktuellen Agrar- und Lebensmittelsystems. Es gehe hierbei auch um Regu-

lierung der Märkte, lokale Kontrolle und Generierung von lokalem Wissen und lokalen Fertigkeiten. Darüber hinaus müsse der Zugang zu lokalen Ressourcen sichergestellt werden. „Die Konsument/innendemokratie reicht dabei allerdings nicht aus. Es sind mehr Handlungen unbedingt notwendig“, so Rumetshofer. Der Begriff „Ernährungssouveränität“ wäre 1996 bei der Welternährungskonferenz geprägt bzw. eingeführt (Via Campesina). Seit damals gäbe es stetige Weiterentwicklung durch einen weltweiten Prozess innerhalb der Zivilgesellschaft. Laut Rumetshofer seien der Ernährungssouveränitätsbewegung folgende Punkte besonders wichtig:

- Neugestaltung der Lebensmittelverteilung
- Verbesserung der Situation der Landarbeiter/innen
- Umbruch der Produktion und des Konsums von Lebensmitteln
- Recht auf Gemeingüter
- Veränderung von Politiken

Rumetshofer stellte in seinem Vortrag als eine Initiative den „Good Food March 2012“ vor und forderte im Zuge dessen mehr Mitspracherecht der Zivilgesellschaft im Ausarbeitungsprozess der GAP-Reform auf EU-Ebene. Einerseits wolle man dies durch öffentlichen Aktionismus bzw. Protest, andererseits durch direkten Kontakt mit Politiker/innen und Entscheidungsträger/innen erreichen. Er wisse aber auch, dass es bis dahin noch ein „langer und schwieriger Weg“ sei.

Themenblock 4: Entwicklungszusammenarbeit und Ernährungssicherung

Stefan MIELKE: Von der Akuthilfe zur Ernährungssicherung

Stefan Mielke von CARE, einen Verein für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, stellte in seinem Vortrag das Projekt RREAD in Äthiopien und Kenia vor. Seit 2008 versuche der Verein mit diesem Projekt über einen „integrierten Ansatz vor Ort“ eine Verbesserung der lokalen Landwirtschaft und lokale Ernährungssicherheit zu erreichen. In erster Linie ginge es „um das nachhaltige Management von natürlichen Ressourcen und das Bewusstsein in der Bevölkerung für regionale Ansätze in der Versorgungsstruktur“, so Mielke. Dabei verfolge das Projekt RREAD folgende Grundsätze:

- Stärkung der Anpassungsfähigkeit von unterschiedlichen Gruppierungen
- Good local governance (dezentral, partizipativ, vernetzt, basierend auf den Menschenrechten)
- Stärkung von Kooperativen
- Verschmelzung von traditionellen Wissen und neuen Technologien
- Nachhaltiges Management von natürlichen Ressourcen (institutionell und technisch)
- Gemeinsame, grenzüberschreitende Entwicklung
- Eingehen auf alle vier Dimensionen des Konzeptes der Ernährungssouveränität

Mielke strich die bisherigen Erfolge und positiven Ergebnisse des Projektes RREAD heraus und betonte, dass das Fundament des Projektes die Einhaltung der Menschenrechte sei.

Abschließend gab Mielke dem Publikum noch einige Denkanstöße mit auf den Weg:

- Überholte Vorstellung von Normalität vs. Krise ablegen
- Frühwarnsysteme ausdehnen
- Frühzeitige Reaktionen auf Warnungen, um Lebenswerte und Vermögenswerte zu schützen
- Nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft sollte die Grundlage für Nahrungsmittelproduktion sein
- Etablierung von sozialen Sicherungssystemen sei essentiell um chronische Ernährungsunsicherheit zu überwinden
- Ende der Nahrungsmittelspekulationen, hin zu mehr Transparenz und Fairness im weltweiten Handel

(Johannes Steiner / Florian Leregger)



Beiträge aus dieser und anderen IUFE-Veranstaltungen gibt es übrigens nicht nur zum Nachlesen, sondern auch zum kostenlosen Nachhören in unserem IUFE-Podcast.

Abzurufen unter: <http://iufe.podspot.de>

Eine Veranstaltung des Instituts für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE). Gefördert durch die Austrian Development Agency (ADA), Politische Akademie (PoIAk) und das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ).

Gefördert durch:

